

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1910

96 (29.4.1910) 1. Blatt

Badischer Beobachter.

Hauptorgan der badischen Zentrumspartei.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis: In Karlsruhe durch Träger zugestellt, monatlich 90 Pfg., vierteljährlich 2,70. An der Geschäftsstelle oder den Ablagen abgeholt, monatlich 80 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt, Nr. 322, durch den Briefträger ins Haus gebracht, Nr. 367 vierteljährlich. Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

Beilagen:
Einmal wöchentlich: das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt „Stern und Blumen“.
Zweimal wöchentlich: das vierseitige Unterhaltungsblatt „Blätter für den Familientisch“.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., Restanzeigen billiger. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Abzahl. Anzeigen nehmen außer der Geschäftsstelle alle Anzeigen-Vermittlungsstellen an.
Redaktion und Geschäftsstelle: Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe (Baden).
Sprechstunden der Redaktion: von halb 12 bis 1 Uhr mittags.

Rotationsdruck und Verlag der Aktiengesellschaft „Badenia“ in Karlsruhe, Adlerstraße 42. Heinrich Vogel, Direktor.

Verantwortlicher Redakteur für deutsche und badische Politik, sowie Korrespondent: J. Theodor Meyer; für Ausland, Nachrichtendienst und den allgemeinen Teil: Franz Wahl; für die Unterhaltungsbeilagen, den Handel und Verkehr: Heinrich Vogel; sämtliche in Karlsruhe.

Verantwortlich: Für Anzeigen und Restanten: Hermann Waffler in Karlsruhe.

Vom 2. Mai 1910 an

wird der „Badische Beobachter“ vor- mittags gedruckt und von 11 Uhr ab ausgetragen, so daß die hiesigen Bezahler das Blatt über die Mittagszeit ins Haus bekommen. Bei den Ablagen in der Stadt kann der „Bad. Beobachter“ täglich von 12 Uhr an abgeholt werden.

Durch die frühere Ausgabe werden die meisten auswärtigen Bezahler noch am Tage des Erscheinens in den Besitz des Blattes gelangen, während sie dasselbe bisher erst am andern Morgen erhielten.

Einem aus dem Leserkreis geäußerten Wunsch entsprechend, bringen wir von jetzt ab im „Bad. Beobachter“ die Personalnachrichten (Verletzungen, Ernennungen u.) sämtlicher Zivil- und Militärbehörden im Großherzogtum Baden, die wir bisher nur teilweise veröffentlicht haben.

Der Handelsteil unseres Blattes wird eine Ausdehnung erfahren und der Karlsruher Theaterzettel regelmäßig zum Ausdruck gelangen.

Wir bitten unsere Parteifreunde in Stadt und Land, aus Anlaß der früheren Ausgabe und der erheblichen Texterweiterung unseres Blattes für die Werbung neuer Bezahler nach Kräften bemüht zu sein.

Größere Anzeigen müssen spätestens um 8 Uhr vormittags bei unserer Geschäftsstelle (Adlerstraße 42) aufgegeben werden, sofern sie noch in die am gleichen Tage erscheinende Nummer des „Badischen Beobachters“ Aufnahme finden sollen. Kleinere Anzeigen oder dringende Bekanntmachungen können bis 1/10 Uhr noch angenommen werden.

Mit der Nummer vom 2. Mai erhalten unsere Bezahler das **Kleine Badische Kursbuch** für den Sommerdienst 1910 unentgeltlich zugestellt. Karlsruhe, im April 1910. Verlag des „Badischen Beobachters“. A. Vogel.

Damon Gold oder das Erbe von Woultry Hall. Kriminalroman aus dem Englischen des F. J. Smith in freier deutscher Bearbeitung von Richard Aronson. (Fortsetzung.)

Sobald Collin Craw abkommen konnte, eilte er in den Tempel, um mit Edward Gaston sich zu beraten, was in der Sache zu tun sei, oder vielmehr, um sich zu vergewissern, ob dieser sein Einschreiten überhaupt billig oder nicht. Die Natur schien ihm mit einem besonderen Talente, Intriguen zu durchschauen, begabt zu haben, und die Umstände waren der Ausbildung dieses Talentes besonders günstig gewesen, denn seine Kindheit hatte er in dem Armenhause verbracht, seine Lehre führte ihn in das Bureau eines Advokaten — zwei ausgezeichnete Schulen, um die Welt kennen zu lernen. — Der junge Rechtsgelehrte hörte dem Verdichte Collin Craws mit höchstem Interesse zu. — Zu welchem Zwecke sollte sein Entel? — So fragte er sich, diese Männer vom Lande herkommen lassen? Und in welcher Beziehung konnten ihr Besuch und die Dienste eines der gewandtesten Polizei-Offizianten zu einander stehen? — Ich weiß, an was Sie denken, Sir“ bemerkte sein Bedienter. — „Dann wissen Sie mehr als ich,“ war die Antwort, „denn ich wäre wirklich in Verlegenheit, wenn ich all das aussprechen sollte, was wir im Augenblick im Kopfe herumgeh.“ — „Nun! Wollen wir sehen?“ — „Gern.“ — „Sie wundern sich, was Sir Barnard vorhaben kann.“ — „Der Gentleman lächelte.“ — „Und warum Humphrey Skillet und der Wirt der Wandersruh bestellt worden sind.“ — „Ganz richtig!“ — „Ich glaube,“ sagte

* Veteranenbeihilfe im Reichstag.

Wir haben schon vor einigen Tagen darauf aufmerksam gemacht, wie ein Teil der liberalen Presse in plump demagogischer Weise die Reichstagsdebatten wegen der Veteranenbeihilfe gegen das Zentrum auszunutzen sucht. Das Zentrum sei schuld, wenn die Veteranen nichts bekämen. Das Zentrum habe sich mit wohlwollenden Worten begnügt, aber die Beihilfe dadurch unmöglich gemacht, daß es gegen die Wehrsteuer stimmte. Das Zentrum, heißt es in einem solchen Artikel, den 3. W. der „Ortenauer Vöte“ abgedruckt hat, sei hier, wie in allen nationalen Fragen, unzuverlässig. Der Grund aller dieser Anwürfe liegt jedoch nicht in der Debatte über die Veteranenbeihilfe, sondern in der Unwahrscheinlichkeit und im Haß der liberalen Presse gegen das Zentrum.

Wir haben keinen Grund, uns gegen die alberne Beleumdung zu wehren, das Zentrum sei national unzuverlässig. Wir haben am allerwenigsten Grund, dies zu tun, wenn der Vorwurf von nationalliberaler Seite kommt. Eine Partei, welche, wie die nationalliberale, dem Reich in höchster Not die absolut notwendigen Steuermittel verleiht, kann sich nur lächerlich machen, wenn sie diesen Vorwurf gegen andere erhebt. Und eine Partei, welche wie das Zentrum auf Kosten ihrer Popularität dem Reich in schwerer Stunde die nötigen Steuern mitverschaffen half, ist über jeden liberalen Anwurf erhaben, daß er ihr Raum bis an die Absätze geht.

Die nationalliberalen Blätter haben sich hier offenbar wieder einmal und das recht voreilig, von einer ev. blindlingschen Skorelponenz bedienen lassen. Wir sagen voreilig, weil diese Blätter schon losgeschlagen, bevor die Frage überhaupt im Reichstag zur Sprache gekommen war; denn jetzt erst, nachdem am Mittwoch, 27. April, die dritte Lesung der Veteranenbeihilfe vorüber ist, kann man ein Urteil fällen. Und da ist folgendes zu bemerken:

Der Reichstag hat bezüglich der Beihilfe einstimmig die Beschlüsse der 2. Lesung angenommen, die in der Hauptsache bestimmen, daß Personen des Unteroffizier- und Mannschafsstandes, welche im Kriege 1870/71 oder an früheren Feldzügen teilgenommen haben, Beihilfen von 120 Mk. jährlich erhalten sollen, wenn sie sich dauernd in unterstützungsbedürftiger Lage befinden, oder wenn sie das 60. Lebensjahr vollendet und ein Einkommen von unter 600 Mk. haben. Dieser Beschlus wurde schon in zweiter Lesung einstimmig gefaßt. Selbstverständlich sind zur Ausführung dieses Beschlusses Gelder notwendig. Man wäre es möglich, daß die hierfür notwendigen Millionen einfach aus den allgemeinen Einnahmen bestritten würden. Im Reichstag wurde auf hierauf verwiesen; der Reichstagssekretär sagte jedoch, es lasse sich jetzt noch nicht überlegen, inwiefern die Einnahmen dieser neuen Last gewachsen seien; es bleibe nur übrig, eine besondere Deduktion für die neue Ausgabe zu schaffen. Eine neue Steuer zu schaffen, ist aber ein gefährliches Ding. Wer weiß, wie, abgesehen von der sozialdemokratischen Presse, gerade die nationalliberale anläßlich der Reichsfinanzreform gegen jene Parteien gehet und gelogen hat, welche die notwendigen neuen Steuern bewilligten bezw. Steuererhöhungen machten, denn ist der Appetit darnach, einen neuen

Steuererhöhung zu machen, vergangen. Darin waren denn auch alle Parteien einig, daß nicht der Reichstag, sondern die Regierung die Pflicht habe, für die Deduktion zu sorgen, bezw. Vorschläge auszuarbeiten. Das betonte insbesondere der nationalliberale Abg. Raafche, der sagte:

„Es kann aber nicht Aufgabe jedes einzelnen Abgeordneten sein, Steuergesetze auszuarbeiten, das ist Aufgabe der Regierung, und da muß ich leider sagen, daß der Herr Reichstagssekretär die Frage der Wehrsteuer nicht mit dem Ernste behandelt hat, den sie verdient.“

Die Konserwativen und Nationalliberalen wagten nur soviel, der Regierung in einer Resolution nachzusetzen, zur Deduktion der Veteranenbeihilfe die Wehrsteuer einzuführen. Von einem Zentrumsabgeordneten wurde empfohlen, die Großindustrie möge der Deduktionsfrage dadurch ein Ende machen, daß sie, wie die Fideikommissbesitzer, freiwillig eine Steuer übernehme, welche zu dem Zweck der Veteranenbeihilfe verwendet werden sollte. Von fortgeschrittlicher Seite wurde der Demonstrationsantrag gestellt, die Branntweinsteuern zu verringern. Lauter akademische Vorschläge, d. h. solche, die unmittelbar den Veteranen gar nichts nützen bezw. das nötige Geld nicht schaffen. Die Wehrsteuerreform wurde danach vom Reichstag abgelehnt; auch das Zentrum lehnte sie ab. Das nahmen dann nationalliberale Blätter zum Vorwand, gegen das Zentrum zu hetzen, als wäre das Zentrum daran schuld, daß die Veteranen nichts bekommen. Denselben Vorwurf hätten sie mit demselben Recht ihren „fortschrittlichen“ Freunden von der Linken und der Sozialdemokratie machen können, da auch diese gegen die Wehrsteuerreform stimmten. Sie mochten der Linken diesen Vorwurf jedoch nicht, weil sie es bloß auf eine kleine Hege gegen das Zentrum abgeben wollten. Und doch ist der ganze Reichstag und alle Parteien einmütig in dem Ernst, den Kriegsveteranen eine Beihilfe zukommen zu lassen. Der ganze Reichstag — keine Partei ausgenommen — ist auch bereit, für die notwendige Deduktion zu sorgen, sobald die Regierung einen annehmbaren Vorschlag macht. Was gibt es also hier zu hetzen, als sei das Zentrum das Scharfziel? Wie gesagt, nur das nationalliberale Selbstbedürfnis gegen das Zentrum um jeden Preis, kann unter solchen Umständen die Hege erklären.

Nun bilden sich nationalliberale Blätter allerdings viel darauf ein, daß von ihrer Seite nicht etwa ein ausgearbeiteter Vorschlag zur Einführung einer Wehrsteuer, sondern lediglich eine ein paar Zeilen umfassende Erklärung eingebracht worden war, welche die Regierung erwidert, sich zu überlegen, ob nicht die Wehrsteuer eingeführt werden könne. Mit einer solchen Resolution ist selbstverständlich noch gar nichts getan. Ob die Regierung ihr folgt, ist ganz ihre Sache. Es gibt in der Reichsregierung einen großen, großen Friedhof, auf welchem Resolutionen in großer Zahl dem jüngsten Tag entgegenharren, aber nicht zur Ausführung. Man könnte es also einer Partei schon an sich nicht zum Vorwurf machen, wenn sie einer solchen Resolution nicht zustimmte in einem Fall, wo es viele andere praktischere Wege gibt, um das Hauptziel zu erreichen. Man kann es aber erst recht dem Zentrum nicht zum Vorwurf machen, daß es in dieser Frage gegen die Re-

solution stimmte. Hören wir, was am letzten Mittwoch der Zentrumsabgeordnete Gröber über die Wehrsteuerreform und die Ablehnung durch das Zentrum ausführte. Er sagte:

„Der Abg. Prinz Schönau-Carolath hat seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die Wehrsteuer an dem Widerstande des Zentrums gescheitert sei. Davon kann keine Rede sein. Zwei Redner unserer Fraktion haben zu dem Gesetze das Wort ergriffen, aber keiner hat in die Wehrsteuerdebatte eingegriffen. (Zuruf: Zustimmung!) Ja, die Wehrsteuer hat sich nicht auf die Wehrsteuer bezogen, sondern nur auf eine Resolution, die eine Wehrsteuer will. Das ist zweierlei. Unter dem bloßen Stichwort Wehrsteuer kann man sich alles mögliche denken. Um nur einige Fragen aufzuwerfen: Wer soll die Steuer bezahlen? Etwa die Bürger, deren Söhne nicht ausgehoben worden sind, oder die, die bloß Wehrer haben, oder die, die überhaupt keine Kinder haben? (Seitertel!) Wir sind durchaus bereit, mit dem Staatssekretär und mit den anderen Fraktionen in Erwägungen einzutreten, wie die Deduktionsfrage gelöst werden kann, aber auf eine Resolution, die nur das Stichwort Wehrsteuer auswirft, können wir uns nicht festlegen, solange wir nicht wenigstens wissen, wie die Steuer in ihren Grundzügen geformt ist. Die beiden ersten Vorschläge, die bei uns bisher zur Durchführung der Wehrsteuer gemacht worden sind — einmal dachte man sich als einen Zuschlag zur Einkommensteuer und dann als Zuschlag zur Erbschaftsteuer — sind nicht gerade beachtenswert gewesen. Um so weniger konnten sie uns zurechnen, uns in der Abstimmung auf eine bloße Resolution mit dem Stichwort Wehrsteuer festzuliegen. Aus diesem Grunde allein haben wir gegen die Resolution gestimmt. Das ist unsere Stellungnahme in der zweiten Lesung gewesen und ist sie heute noch.“

Damit ist der nationalliberalen Hege jeder Boden entzogen. Das Zentrum ist bereit, an der Deduktionsfrage mitzuarbeiten; ja es ist selbst bereit, die Schaffung der Wehrsteuer in Erwägung zu ziehen; nur müssen praktische Vorschläge vorliegen. Dafür zu sorgen ist aber nach Ansicht aller Parteien Sache der Regierung.

Der Reichstagssekretär wies bezüglich der Deduktion auch auf die Zuwachsteuer hin, ohne daß der Reichstag sich darauf eingelassen hätte. Das praktische Ergebnis der dritten Lesung war, daß eine Konferenz zusammengefaßt wird, die darüber beraten soll, wie die Deduktionsfrage zu lösen sei. Wahrscheinlich wird es dann darauf herauskommen, daß eine Wehrsteuer vorgeschlagen wird. Wenigstens schreibt die „Frankf. Ztg.“ Nr. 116 2. Morgenblatt in ihrem Stimmungsbericht:

„Das Zentrum ließ in der Rede des Herrn Gröber durchblicken, daß es am Samstag noch nicht endgültig nein zu einer Wehrsteuer habe sagen wollen und daß es jede Vorlage einer solchen Steuer prüfen werde. Da wird es dem Staatssekretär denn nichts helfen, das er erklärte, im Bundesrat finde die Wehrsteuer Widerstand. Herr Dr. Trendelenburg hat heute wieder stark darauf hingewiesen, und so wird denn in nicht allzu weiter Ferne einer der sechs Entwürfe aus dem Reichstagsrat schon das Licht des Tages erlösen.“

Auch daraus geht hervor, wie wenig die nationalliberalen Blätter Grund hatten, gegen das Zentrum voreilig zu hetzen. Sie haben damit wieder einmal lediglich bewiesen, wie „gut“ sie es mit dem Zentrum meinen und wie wahrhaftig sie gegen das Zentrum sind.

der junge Mann erst, „es handelt sich um das Kind.“ — „Aber wie kann ihn das Kind eines Fremden interessieren?“ — „Das ist eben,“ was ich suchen will, ausfindig zu machen.“ — „Sie?“ — „Ja, wenn Sie nichts dagegen haben.“ — „Das hängt von den Mitteln ab, die Sie anwenden,“ bemerkte Edward Gaston ernst.

„Es sollen ehrliebe sein,“ rief Collin Craw mit Wärme. — „Ich könnte Ihnen nicht mehr ins Gesicht blicken, wenn ich mir eine unredliche Handlung zu Schulden kommen ließe.“ — „Und was brauchen Sie zu Ihrem Unternehmen?“ fragte Edward. — „Eine Livree und einen Nachtsack, Sir.“

28. Kapitel. Der Hecht war eines jener Gasthäuser, welche fast ausschließlich von Bedienten frequentiert werden, und hatte, wie jedes andere Etablissement, seine Eigentümlichkeiten. Der Wirt war Hausbesitzer bei einem Herzog von königlichem Geblüte, seine Frau Kammerjungfer bei einer Gräfin gewesen; sein Wunder, daß sie bei den Bedienten mit und ohne Livree, welche das Haus besuchten, in großem Ansehen standen. Das beste Zimmer der Wirtstube diente als Klubzimmer, und kein Fremder hatte Zutritt, der nicht statutenmäßig eingeführt wurde. Um dies zu werden und dadurch in den Stand zu kommen, Skillet und seinen Genossen zu beobachten, bedurfte Collin Craw der Livree und des Nachtsacks. „Nun ich ein paar Tage hier unterkommen,“ fragte er am Schenktische, „bis meine Kente eintrifft.“ — Da er sein Glas Bier aus einer wohl-

gefüllten Börse bezahlt hatte, so wurde sein Ansehen mit nicht unangenehmen Augen betrachtet.

„Wer sind Ihre Leute?“ fragte der Wirt. „Wir logieren nur die ersten Familien.“ — „Graf Spedelmannswald, der holländische Gesandte,“ erwiderte der junge Mann mit einem Selbstbewußtsein, das sehr zu seinen Gunsten einwirkte. Er hatte in den Zeitungen gelesen, daß der Graf in den nächsten Tagen in London erwartet werde.

„Wir können Ihnen Wünsche entprechen,“ sagte der Wirt in herablassendem Tone. Von dem Tag an, wo er in den Dienst einer königlichen Hoheit getreten, hatte er nie mehr in der Einzeln gesprochen. Collin gab seinen Reifeisack ab und wünschte das Klubzimmer zu besuchen. Mit Mühsicht auf den diplomatischen Rang des Gastes führte ihn der Wirt selbst ein, indem er ihn unter dem Namen seines vermeintlichen Herrn vorstellte. Es galt nämlich in dem Klub als eine Beleidigung, sich mit dem eigenen Namen anzureden, die Worte „Herrschaft“ und „Lohn“ aber nur auszusprechen genüge, um aus der Gesellschaft ausgeschlossen zu werden.

Unter allen anderen Umständen hätte Collin Craw mit Fremden Teil an der Unterhaltung genommen, die er hier vorband und die der Inbegriff alles Höflichen war. Das Annehmen der Namen ihrer Herrschaften war noch das Wenigste, auch deren Stellung im Leben hatten ihre Herren Bedienten zum Gegenstand ihres Studiums gemacht, und sie triffen nun als lebendige Karrikaturen, die der treffendste Witz nicht burlesker hätte darstellen können.

Aber Collin war heute zu sehr von seinem Vorhaben in Anspruch genommen, um Dingen, die damit nicht in Verbindung standen, Aufmerksamkeit zu

schenken. — „Von diesen Narren da,“ dachte er, „kann ich nichts erfahren; alles, was ich bis jetzt erreicht habe, ist Zutritt in dem Hause. Im übrigen muß ich eben warten, aufpassen.“

Das Glück begünstigte seine Pläne früher als er erwarten durfte; denn als er schellte, um Tee zu bestellen, erkannte er in dem Kellner einen ehemaligen Bewohner des Widfaler Armenhauses, der vor sechs Jahren sich mit dem Inhalt des Kutschs der Meisterin aus dem Stube gemacht hatte.

Der Kellner schien sich nicht im entferntesten Collin zu erinnern. Er führte den Gast in ein lauberes Mansardenstübchen, und wollte, nachdem er sich überzengt hatte, daß Wasser in dem Krüge war, eben das Zimmer wieder verlassen, als Collin Craw ruhig den Türriegel vorstößte.

„Was soll das heißen?“ rief der Kellner erbleichend. — „Ich möchte nur ein wenig mit Ihnen plaudern — weiter nichts. Sie brauchen nicht unruhig zu werden, obgleich ich von Widfal komme.“ — „Sind Sie ein Polizeioffiziant?“ fragte der Kellner außer sich vor Schrecken.

„Nein, Tim Blafemore. Sie sehen, daß ich Sie kenne, wenn ich auch kein Polizeimann bin. Aber ich habe einen bei der Hand, und es wird nur Ihre Schuld sein, wenn ich ihn rufe. Ich habe etwas anderes vor.“ — „Skillet und sein Begleiter?“ — Collin nickte bejahend. — „Dacht ich mir's doch, daß die was im Schilde führen,“ rief Tim. „Zweimal schon ist heute ein Kerl mit ihnen eingeschlossen gewesen. Der Herr sagt, er sei von Wobfreet und heiße...“

„Gut!“ ergänzte der vermeintliche Groom. — Der Kellner begann einen hohen Begriff von dem Gaste zu bekommen; entweder mußte er eine sehr be-

Deutschland.

Berlin, 29. April 1910.

Auf Bülow's Pfaden wandelt nach der „Deutschen Tagesztg.“ der heutige Reichskanzler und die Norddeutsche Allgemeine Zeitung befürwortet die Wichtigkeit dieser Auffassung. Bülow wollte die Finanzreform nicht ohne die Nationalliberalen machen. Bethmann-Hollweg will die Wahlreform nicht ohne die Nationalliberalen zustande bringen. Beide male ist die Heringschätzung des Zentrums die Ursache dieser sonderbaren Stellungnahme; die Regierung behandelt eine Mehrheit, in der sich das Zentrum befindet, nicht als gleichberechtigt wie eine andere Mehrheit; sie will stets den Liberalen eine Extrawurst braten. Wenn ein Liberaler eine betrübte Miene macht, springt sofort der Reichskanzler in die Kommission und stellt sich à la suite der Liberalen. Davor will die „Deutsche Tagesztg.“ den Reichskanzler warnen. „Will sie nach Möglichkeit die Zustimmung der Mittelparteien erreichen, so soll ihr das nicht verdracht werden. Aber sie darf sich nicht selbst von dieser Zustimmung abhängig machen. Sie darf nicht, um diese Zustimmung vielleicht zu erreichen, Parteien vor den Kopf stoßen, die ihr so weit entgegengekommen sind. Es wäre ein schwerer, nicht nur tatsächlicher, sondern politischer Fehler, wenn die Regierung auf irgend welche Weise die Mittelparteien zu Herren der Lage machen wollte. Aus früher gemachten Fehlern soll man lernen; es ist wahrhaftig nicht nötig, daß solche Fehler wiederholt werden.“ Auch das Zentrum hat es satt, den Last- und Packesel zu machen, dem man nach Belieben auf- und abladen kann. Entweder sieht die Regierung das Zentrum als gleichberechtigt an oder nicht?

Was darf übrigens dabei nicht verkannt werden. Die Regierung darf mildernde Umstände für sich beanspruchen. Man denke an das Wort, das der Vater des verstorbenen Königs Leopold von Belgien ihm als hohe Staatswürde dem Sinne nach sagte: Mit den Liberalen müßt du regieren; die Katholiken (d. h. die religiösen Gläubigen) werden nie Revolution machen. Gegentes ist die Liberalen, wenn nicht mit ihnen regiert wird. Wir haben es ja in Deutschland schon erlebt, daß liberale Wähler mit der Revision ihrer monarchischen Gesinnung drohten. Man braucht übrigens davon nicht einmal zu erinnern. Die Hege, die wir antizipiert der so bitter notwendigen Reichsfinanzreform gerade von liberaler Seite erlebt haben, war im Grunde nichts anderes als eine Revolutionierung des Volkes gegen die Steuern, welche das Reich notwendig brauchte, aber von den Liberalen nicht demüthigt bekam. Gewiß wird bei allen Parteien scharf kritisiert; aber revolutionäre Färbung nimmt die Kritik nur beim Liberalismus an; denn er ist skrupellos, sobald es nicht nach seinem Willen geht. Die Arbeitsgemeinschaft, die in Baden zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie besteht, ist in dieser Beziehung sehr lehrreich.

Der Herzog von Cumberland soll nach dem „Verl. Tagbl.“ gelegentlich der Tante des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin, die binnen 4 Wochen kranken, mit Kaiser Wilhelm zusammenkommen. Der Herzog von Cumberland ist bekanntlich der Großvater des Kaisers, dessen Tante die deutsche Kronprinzessin ist. In Aussicht gestellt ist auch eine Zusammenkunft schon öfter, ohne daß es bisher dazu gekommen wäre. Mit dem Sohn des Cumberlanders ist der Kaiser dagegen in München zweimal zusammengetroffen.

Die Wahlreform wissen freisinnige Blätter jetzt viel zu schreiben. Ein sonderbarer Sieg, da eine erhebliche Anzahl von Beschlüssen gegen Dornburg gefaßt wurden und da die Kommission jede Verantwortung für den Abschluß des Vertrages einfach ablehnte. Kein einziges Kommissionsmitglied lobte diesen, so daß es bekanntlich der Staatssekretär allein besorgen mußte, und das tat er auch mit der bei ihm gewohnten Bescheidenheit, indem er „sich und dem Reiche“ zum Abschluß des Vertrages gratulierte.

Die Wahlvorlage im Herrenhause. Im Herrenhause fand heute der überrauschten Tribünen und stark besuchten Halle die zweite Lesung der Wahlreform vor. Eingegangen ist u. A. ein Antrag Graf York von Wartenberg, nach dem zu Wahlen der beiden Häuser erforderlich sein soll. Ein Antrag Freiherr von Schorlemer will die Gemeinde-Verteilung für alle Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern, für Gemeinden von 10 000 bis zu 30 000 Einwohnern zwei Drittelsbezirke, für größere Gemeinden einen weiteren Drittelsbezirk auf jede angefangenen 20 000 Einwohner. Ministerpräsident von Bethmann-Hollweg leitete die Beratung mit einer Rede ein, in der er zunächst den Mitgliedern der Wahlrechts-Kommission des Herrenhauses für die Bereitwilligkeit dankt, der Vorlage eine Gestalt zu geben, die auf die Erreichung eines positiven Ergebnisses hinführt. Der Gedanke, das Zentrum auszuscheiden um die Mittelparteien für

deutende, oder doch eine sehr gewandte Persönlichkeit sein. — „Hat Humpfrey Sie erkannt?“
„Das eine Mal meine ich's, das andere Mal zweifle ich wieder.“ erwiderte ihm Walemore. „O, verraten Sie mich nicht! Ich habe mir selber keine unredliche Handlung mehr zu Schulden kommen lassen. Wenn Sie nur wüßten, was ich in Widjal habe ausüben müssen.“ (Fortf. folgt.)

Theater und Kunst.

Die Großh. Hoftheater. In der Aufführung des „Jüngsten Holländers“ am Sonntag, den 1. Mai, wird Fräulein Mathilde Denner die Partie der Centa für die erkrankte Frau von Westhoven singen. Die Künstlerin war bis zum Jahre 1908 am Opernhaus in Göttingen engagiert; seitdem ist ein festes Engagement nicht mehr angenommen hat, ist sie häufig zu Gastspielen u. a. an den Hoftheatern in Berlin, Braunschweig, Mannheim, Weimar und Wiesbaden eingeladen worden.

Kirchliche Nachrichten.

Gernsbach, 29. April. Heute nacht starb hier im 73. Lebensjahre der hochw. Herr Dejan Zimmermann, Ritter 1. Klasse des Jägerregiments Königsberg. Der Verstorbene, der seit längerer Zeit krankte, dabei aber mit gewohnter Energie seinen Posten versah, war seit 1883 hier wohnhaft. R. L. P.

Offenburg, 28. April. Heute vormittag halb 10 Uhr fanden die Beerdigungsfeierlichkeiten für den verstorbenen hochw. Herrn Klosterpfarrer Franz Josef A. o. S. statt. Nach dem Lobengesang in der mit Tauererschmuck versehenen Klosterkirche hielt Herr Dejan Dalbig die eindringliche Traueransprache. Herr Stadtpfarrer Lipp geleitete das feierliche Requiem und nahm die Be-

die Vorlage zu gewinnen, liege ihm fern. Er habe von der Politik des Ausschaltens einer Partei nichts. Das hat offenbar das Schicksal Bülow's ihm gelehrt, der bei Ausschaltung des Zentrums selbst ausgeschaltet wurde. Man möge aber von ihm nicht eine Politik verlangen, in der die Staatsregierung ausgeschaltet werde. Die Regierung habe mit der Herrenhaus-Kommission daran gearbeitet, der Vorlage eine den Forderungen der Regierung in Bezug auf die Drittelsfrage entsprechende Fassung zu geben und zwar erkläre die Regierung eine solche Fassung in dem Antrage Schorlemers. Er bitte dringen, diesem Antrage zuzustimmen und damit den Kommissionsbeschlüssen und der Vorlage selbst in einem wesentlichen Punkte eine auch für die Regierung annehmbare Fassung zu geben. Für das Ganze werde die Stellung wesentlich entscheidend sein, die das Haus zu dem Antrag Hildebrand auf Beibehaltung der öffentlichen Wahl einnehme. Er könne nur betonen, daß die Regierung in einem etwaigen negativen Ergebnis der jetzt eingeleiteten Aktion eine schwere Schädigung der Interessen des Landes erblicken würde.

In der Spezialberatung wurden die §§ 1 bis 3 debattiert angenommen. Bei § 4, der die geheime und indirekte Wahl vorsehe, wird der Antrag Weiske auf Einführung der direkten und geheimen Wahl und der Antrag Hildebrand auf Einführung der öffentlichen Wahl auch für die Wahlmänner abgelehnt. § 4 bleibt unverändert.

Die eigentlich kritischen Paragraphe sind noch nicht daran gekommen. Das Zentrum kann und wird die Vorlage im Sinne der Rede des Reichskanzlers bezw. Ministerpräsidenten nicht annehmen.

Ausland.

Österreich-Ungarn. Die Wiener Gemeinderatswahlen. Bei der Erstwahl aus dem zweiten Wahlkörper wurde der christlichsozialer Kandidat Kern mit überwältigender Mehrheit gewählt. Heute Freitag geben in allen Bezirken Wiens die Wähler des ersten Wahlkörpers zur Urne.

Italien. Italienische Militärballons. Lieber das Programm für italienische Militärballons bringt die „Stampa“ folgende Meldung: Im Monat Mai soll der erste italienische lenkbare Militärballon seine ersten Versuchsflüge bei Bigna del Valle aufnehmen. Im Monat August soll der lenkbare Ballon Nr. 2, der in Venedig stationiert werden wird, gleichfalls seine Versuche beginnen. Ein dritter, der in Verona stationiert wird, soll im Oktober vollendet werden. „Es ist interessant“, bemerkt hierzu das Blatt, daß die beiden letztgenannten Ballons in der Nähe der österreichischen Grenze sich aufhalten werden. Ein vierter Lenkballon von 8000 Kubikmeter Inhalt wird gleichfalls in nächster Zeit gebaut werden.

Türkei. Amnestie-Erlass. Der Sultan amnestierte aus Anlaß der Feier der Kronbefreiung 18 Armenier und 26 Mohammedaner, die in den vorjährigen Kämpfen beteiligt waren.

Balkanstaaten. Montenegro. Die „Orient. Kor.“ meldet aus Cetinje: Die montenegrinische Regierung hat beschlossen, zum Jubiläum des Fürsten Nikita Woinowegro zum Königreich zu proklamieren.

Belgien. Die Regulierung der Kongogrenze. Gestern abend dürfte der Vertrag über die Regulierung der Kongogrenze unterzeichnet worden sein. Deutschland erhält das gesamte Sultanat Nianda. Auch das Deutschland die stützige Insel im Kivuisee zugesprochen erhalten.

Frankreich. Zu Björnsons Tode. Donnerstag abend wurde die Leiche Björnsons nach dem Pariser Nordbahnhof überführt. Björnson ruht in einem Eichenjarg, der in einem Zinkfarg steht. Der Sarg trägt eine silberne Platte mit dem Geburts- und Todesjage. Unter den Persönlichkeiten, die abends der Ostin Björnsons kondolierten, waren auch Ministerpräsident Briand und Theodor Roosevelt. Für die heutige Verammlung der ständischen Kolonie vor dem Sarge des Dahingegangenen erhielt eine Halle des Nordbahnhofes Trauermusik. Dort wird der norwegische Gesandte, Baron Wedel, und ein Vertreter der französischen Regierung Ansprachen halten. Die Familie wird sich noch über den Zeitpunkt der Beerdigung in Paris einem Sekretär diktierten politischen Testamentes schlüssig machen, ebenso über die drei hier verfaßten Gebilde patriotischen Inhalts.

Vor der Stichwahl. Die 397 Stimmverleiher sind nunmehr wie endgültig feststelt auf 397 im ersten Wahlgang gewählte Abgeordnete, und 232 Stichwahlen. Ein Resultat ist noch fraglich. Debatte wurde zwar für gewöhnlich erklärt, da er eine absolute Mehrheit von 167 Stimmen erhalten hätte, die Gegner aber erboten sofort

Ergebung vor. Hernach entwidete sich der überaus große Leichenzug, voran das Kreuz und die lange Reihe der Jünglinge des Klosterinstituts in schwarzen Meiden und langen weißen Schleiern, darnach eine Musiktruppe, die Klosterknechten und Kranenkschwärmen. Ueber 60 Geistliche aus näherer und weiterer Umgebung hatten sich zur Feier eingefunden. Vom Domkapitel war der hochw. Herr Domkapitular Otto vertreten; auch Gessil, Rat Schamgenbach, Rektor des Erzseminars, Knabenkonvikts, gab seinem früheren Pöbling und Schüler das letzte Geleit. Dann ging es bei herrlichem Sonnenschein durch die Stadt zum Friedhof. Dort sprach nach Wendigung der Gebete Herr Weichsannalt Wehler kurz und freudig im Namen des Gesamtkonvikts. Herr Rechtsanwält Friedmann dankte dem Verstorbene im Namen der ganzen Pfarrengemeinde, ferner sprach und legte Kränze nieder Herr Gewerkschafter Rahm im Namen der Kuratie und die Vertreter verschiedener Vereine. Auch der Kirchenchor, sowie ein Männerchor, sangen dem lieben Klosterpfarrer ins Grab; ringsum schlugen die Amseln. Aus allem ging hervor, daß sich der Verstorbene die Liebe und Verehrung der weitesten Kreise erworben hatte.

So wie ein Blatt vom Waume fällt, So geht ein Leben aus der Welt. Die Vogel singen weiter! Er ruhe im Frieden Gottes!

Ein Geschenk des Papstes an die Polen. Papst Pius X. hat den in Rom erschienenen polnischen Wagnern zwei Kronen geschenkt, die für das weltberühmte Muttergottesbild von Gschlowen, jenes polnische Nationalheiligtum, zu dem die Polen aller drei Reiche zu Zentenden wallfahren, und dem sie die größte nationale Verehrung entgegenbringen, bestimmt sind. Die beiden Kronen sind Meisterwerke der Goldschmiedekunst; sie sind mit Edelsteinen besetzt und wiegen nicht weniger als 1500 Gramm. Hochbeglückt zeigten sich die zahlreich hier erschienenen Polen, die von einem Teil ihrer Bischöfe angeführt wurden, aber diesen neuerlichen Beweis der Liebe, die Pius X. auch ihnen entgegenbringt.

Ginspruch gegen die Wahl, da von verschiedenen Orten des Wahlkreises Stimmzettel verwendet und verbrannt worden sind. Die Wahlprüfungskommission wird morgen entscheiden. Von den 397 gewählten Abgeordneten gehören dem „Gaulois“ zufolge, 258 dem Block der Linken an, 28 den vereinigten Sozialisten und 109 der Opposition, welche sich in 44 Progressiven und 65 Konservativen scheiden. In Stichwahlen kommen in fast allen Departements 92 Radikale und Radikal-Sozialisten, 43 Sozialisten, 11 unabhängige Sozialisten, 28 Liberale, 12 Republikaner, 6 Republikaner, 22 Progressiven, 1 Nationalist und 13 Konervative. Die Zahl der Stichwahlen war nie so groß wie diesmal, von 164 im Jahr 1893, 181 im Jahr 1898, 177 im Jahr 1902 und 153 im Jahr 1906 ist sie diesmal auf 237 hinaufgegangen, rund 87 mehr als bei den vorigen Wahlen.

Eine neue Spionage-Affäre. Die Blätter beschäftigen sich mit einer neuen Spionageangelegenheit. Vor einigen Tagen war die Polizei durch ein anonymes Schreiben benachrichtigt worden, daß zwei Soldaten, von denen der eine in Paris in Garnison liegt, sowie auch die Geliebte eines der Soldaten in Verbindung standen mit dem Spionageagenten einer fremden Großmacht und beabsichtigten, militärische Geheimnisse zu verraten. Die Betroffenen waren in dem Schreiben namhaft gemacht und die einzelnen Nebenstände so präzis angegeben, daß die Polizei die verdächtigen Soldaten längere Zeit hindurch genau beobachten konnte. Schließlich gelang es, einen Brief eines der Soldaten an den Agenten abzufangen. In diesem Briefe schlugen die beiden Soldaten vor, dem Agenten gewisse Teile eines französischen Geschüßes auszuliefern. Einer der Soldaten, der der Kolonial-Infanterie angehöre, sowie dessen Geliebte, sind bereits verhaftet. Die Verhaftung des anderen Militärschüßens wird noch erfolgen. Andererseits hat die Sicherheitsbehörde Erhebungen angestellt, welche zur Aufdeckung eines gut organisierten Spionagesystems in Frankreich führten. Diese Nachricht erregt die Gemüter außerordentlich. „Paris Journal“ erzählt hierüber, daß in einem Port, der zu einer großen Domanie in der Nähe von Monimercy gehörte, eine Station für drahtlose Telegraphie errichtet worden war, durch deren Vermittlung es gelungen war, die drahtlosen Nachrichten abzufangen, welche zwischen dem Festland und den französischen Kriegsschiffen und anderen Telegraphenstationen ausgetauscht wurden. Diese Nachrichten betrafen hauptsächlich die Nationalverteidigung.

Rußland.

Keine Abdankung König Georgs. In Petersburger Kreisen werden die durch die Blätter verbreiteten Gerüchte über Abdankungsabsichten des Königs Georg von Griechenland als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. Alle aus Athen kommenden Informationen lauten dahin, daß die Situation des Königs grade gegenwärtig eine sehr günstige sei, wie auch der begeisterte Empfang, der ihm in Corfu bereitet wurde, dies zum Ausdruck brachte.

England.

Ein Fiasko der englischen Flotten-Manöver. In Marinekreisen ist man mit dem Ausfall der jetzt beendeten englischen Flotten-Manöver wenig zufrieden. Der Grundplan der Manöver gipfelte darin, ob es der vermehrten deutschen Flotte möglich sein könnte, der Ostküste Englands gefährlich zu werden, wenn das Gros der britischen Flotte im südlichen Teile der Nordsee stationiert sei. Vice-Admiral Prinz von Battenberg stellte mit der atlantischen Flotte die deutsche Marine dar, und es gelang ihm, die britische Flotte so zu engagieren, daß ein Teil der markierten deutschen Flotte bis zur Ostküste Englands vordringen konnte. Wenn auch die Verluste der markierten deutschen Flotte dabei sehr groß waren, so war dennoch durch dieses Manöver der Beweis erbracht, daß eine deutsche Invasion möglich ist, wenn die Hauptkräfte der englischen Flotte aus dem Kermel-Kanal zurückgezogen werden.

Baden.

Karlsruhe, 29. April 1910.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben anlässlich der Landratsversammlung Philipp Schwabert in Landratsbürosheim seinen Aufsuchen entsprechend mit Wirkung vom 1. Juli d. J. aus dem staatsdienstlichen Dienste zu entlassen.
Mit Entschließung des Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten wurde Stationskontrollleur August Butini in Appenzeler zur Güterverwaltung Mannheim, Betriebssekretär Robert Kleders von Stationen Mannheim zur Güterverwaltung Bielefeld und Betriebssekretär Franz Morgenthaler in Offenburg zur Güterverwaltung Freiburg verlegt.

Aus den Kommissionen.

BZK. Karlsruhe 28. April. Die Kommission für Schutz und Verwaltung im behandelte heute in zweiter Sitzung den Bericht des Abg. Schmitt über die Aenderung des Verwaltungsgebührengesetzes. Von der Groß. Regierung war inwieweit schriftlich der Wunsch ausgesprochen worden, die von sozialdemokratischer Seite gestellten, in erster Lesung angenommenen Abänderungs- und Ergänzungsanträge zurückzunehmen, da die Absicht besteht, dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf wegen umfassender Aenderung des Verwaltungsgebührengesetzes vorzulegen. Borerst möge man nur diejenigen Aenderungen vornehmen, die einem dringenden Bedürfnis entsprechen, und sich demgemäß auf die Regierungsvorlage beschränken. Bei der Abstimmung wurde mit 8 gegen 7 Stimmen der Beschluß gefaßt, die sozialdemokratischen Anträge fallen zu lassen. Dagegen wurde mit Mehrheit die Annahme einer Resolution beschlossen, nach welcher die Regierung ersucht werden soll, bei der für den nächsten Landtag in Aussicht stehenden Aenderung des Gesetzes die bereits gefaßten Beschlüsse zu berücksichtigen.

Abdam wurde die Beratung über die zum Schutze der städtischen Beamten gegen willkürliche Entlassungen zu schaffenden Bestimmungen fortgesetzt. Es fand eine längere, eingehende Aussprache darüber statt, ob das Verwaltungsverfahren (Beschwerde an den Bezirksrat und Rekurs an das Ministerium) Anwendung finden oder ob auch die Möglichkeit der verwaltungsgerichtlichen Klage geschaffen werden soll. Mit Stimmenmehrheit wurde beschlossen, daß auf Ansuchen die eiliche Vernehmung der Zeugen durch das Bezirksamt zu erfolgen hat, solange die Angelegenheit sich noch im städtischen Instanzbereich befindet. Außerdem wurde beschlossen, daß bei dem Verfahren auf Zerstreuung der mit Klage behafteten Hinterbliebenenversorgung angefallenen Beamten gegen die Entscheidung des Bezirksrates die Klage an den Verwaltungsgerichtshof zuziehen. Ueber die in letzter Stunde den Kommissionsmitgliedern von der Konferenz der Stadtverordnetenverbände zugegangenen Anregungen wurde die Beratung auf die nächste Sitzung

verschoben. Schließlich wurde der von einer Seite gestellte Antrag, wosoh die Abstimmung im Bürgerausschuss über personelle Angelegenheiten auf Wunsch geheim erfolgen soll, mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Voyfott der Caritas und des Patriotismus.

Die Interessenspolitik zeigt allerlei Willen. Eine der merkwürdigsten dürfte die sein, von der das „Karlsruher Tagblatt“ (Nr. 116 4. Blatt) Kunde gibt. Da heißt es:

Heidelberg, 27. April. In der letzten Lehr- und beachtlichen Versammlung des Hausbesitzer- und Grundbesitzervereins wurde u. a. die ungenügende Belastung des Haus- und Grundbesitzes durch die direkten und indirekten Steuern angesprochen und ein Antrag eingebracht, nach dem im ganzen badischen Lande zusammengehend ein Streik proklamiert werden soll, daß konsequenter der Hausbesitzer das Verlangen der Häuser beim Besuch von Fürsichtlichkeiten unterließe. Weiter soll die Abbringung von Telegraphenleitungen auf den Häusern verweigert werden. Die Unterstufungen an Wohltätigkeitsvereine sollen wegfallen und der Austritt aus diesen erklärt werden. Der Verein glaubt durch diese Maßnahmen einen Druck auf die allerhöchsten Stellen im Lande ausüben und durch dieses Verfahren eine geringere Belastung des Hausbesitzes herbeiführen zu können. Wenn an dem Artikel das Datum vom 1. April an gebracht wäre, dann würden wir denselben verstehen; aber es heißt 27. April. Wir müssen ihn also ernst nehmen. Annehmend war der Verein mit dem Antrag einverstanden. Auf was für sonderbare Gedanken man doch kommen kann, wenn man außer den eigenen Interessen nichts anderes mehr sieht. Wir empfehlen analog dieser in Heidelberg empfohlenen Praxis folgendes: Ist die Schweizerrechnung zu hoch, dann schreiben wir nicht mehr „Soch“ und „Quera“, falls der Kaiser einführt! Wird die Milch teurer, gehen wir am Sonntag nicht mehr in den Gottesdienst! Wird die Wohnungsrente hinausgeschraubt, dann gehen wir grundständig zu Fuß und ignorieren die Geldstrafe! Dann wollen wir einmal sehen, ob die Sache nicht besser wird!

Spaß muß sein.

dachte wohl der nationalliberale Führer Wassermann, als er am letzten Sonntag in einer Rede in Bernburg (Anhalt) erklärte:

„Der Linksabmarsch der Nationalliberalen ist ein Märchen. Unser Recht geht gerade aus, weder von links noch von rechts beeinflußt.“

Wie werden sie lachen angeht dieses Ausspruchs, die badischen Nationalliberalen, die Wehmann, Köhlin, Koch usw., einschließlich des Reichstages (Kammerstenographen) Frey! Wie werden sie lachen, die badischen Sozialdemokraten, die Frank, Kohn usw. Wie wird man allüberall lachen, wosoh die Stunde von dem weisen Ausbruch des nationalliberalen Führers dringt. Nur einer wird kummervoll zur Erde blicken: der badische Reichstagsabgeordnete, Herr Direktor Dr. Obfischer! Er hat auf dem nationalliberalen Parteitag in Mosbach im Jahre 1908 beinahe mit denselben Worten die Geradenpolitik angekündigt! Aber was sind Träume, was sind Entwürfe!

Es ist so ganz anders gekommen. Geradeaus mit Augen links ging ins rote Meer und der, der seiner Zeit die Parole „Geradeaus“ ausgesprochen hatte, der aber trotzdem zum Amarath ins rote Lager seinen Segen gab, er fest nur allein auf weiter Flur. Die Geradenparole war sein politischer Tod. Er kann nun in Ruhe sich nach überlegen, was man über sein Mosbacher Geradenkommando und den von ihm selbst offiziell besetzten und geleiteten Linksabmarsch denken muß.

Und Herr Wassermann? Wir möchten meinen, auch ihm könnte ein wenig mehr Sinn für die Wirklichkeit des Lebens nichts schaden. Ihm ist er der einzige Fremdling in Israel? Ist ihm von den Vorgängen der letzten Jahre und Monate aber auch gar nichts mehr bekannt? Ist er allein der ahnungslose Engel? Oder aber, sollte sein oben angegebener Ausbruch vielleicht nur ein Witz sein, entfallen in guter Stimmung? Dann möchte man dem Herrn gratulieren zu der famosen Leistung und — parlamentarisch gesprochen — feststellen: „Stürmische, sich stets wiederholende Heiterkeit auf allen Seiten des Hauses, in die der Redner schließlich selbst mit einfiel.“

Gerihtliche Nachlese zum Wahlkampf in Baden.

Am 21. August 1909 fand in Karlsruh, wo sich in dem letzten Wahlkampf die Kandidaten gegenüberstanden, eine nationalliberale Wählerversammlung statt, in der der dortige liberale „Hauptagitator“, wie er sich selber nannte, Herr Oberamtsrichter Renner, eine Rede über die Reichsfinanzreform hielt, die zur Auffassung der Wähler dienen sollte, in Wirklichkeit aber eine Schere gegen das Zentrum und die Zentrumspresse war. Dieser hauptsächlich aber dem „Badischen Wochenspiegel“ und der „Katholischen Zeitung“, galt auch der in der Rede immer wiederkehrende Vorwurf der „Unmoralität“. Am 16. Oktober fand dann eine zweite nationalliberale Versammlung statt, in der Oberamtsrichter Renner dieselben Vorwürfe mehrfach wiederholte und das Zentrum, seine Wähler, die Katholiken und besonders die katholischen Geistlichen in ganz unerhörter Weise mißhandelte. Einen Haupttrumpf aber suchte er mit der Frage und Antwort auszuspielen: wer schwindelt unperantwortlich? Die „Katholische Zeitung“.

Wie vertrieben die Ausführungen Renners waren, mag in aller Kürze folgende Auslese zeigen. Er behauptete:

„Früher hieß es, kein Katholik dürfe einen Protestanten wählen.“ Eine derartige Partei (Zentrum) müßte zur Sicherung des konstitutionellen Friedens beitragen. „Mit den katholischen Organisationen, wie sie propagiert werden, werde in Rolle die konstitutionelle Scheidewand aufgerichtet. Durch sie werde der konstitutionelle Friede gefährdet. Bei den evangelischen und einen wäre das anders, diese wären sich selbstgenügend und würden nicht zu politischen Zwecken mißbraucht.“ „Der katholische Mann muß sich seinen Wahlzettel erst im Pfarrhaus abhempeln lassen.“ „Seine noch werde in kirchlichen Kundgebungen der Protestantismus als „Besteuer“ bezeichnet.“ „Ein Teil der katholischen Geistlichen werde Politik treiben, weil man in Freiburg die sozialforgerlichen Erfolge nach der Zahl der Zentrumstimmen abwäge.“ „Das Vorgeben eines gemeinsamen Christentums sei eine Lüge.“

Eine derartige Kampfbeweise des Oberamtsrichters Renner erregte natürlich allgemeine Entrüstung unter den Zentrumswählern und auch vielen Katholiken, die sich nicht zur Zentrumspartei zählen, und dies umso mehr, als Renner selbst mit seiner ganzen Familie katholisch ist. Diese Erregung und Entrüstung kam denn auch in dem Organ der Katholischen Zentrumspartei, der „Katholischen Zeitung“, zum Ausdruck. Sie schrieb u. a.:

„Die Herren Wiederbüß und Oberamtsrichter Renner



Todes-Anzeige.

Gott der Allmächtige hat heute früh 6 Uhr seinen getreuen Diener,

Eduard Gerbold,

penionierter Pfarrer von Poppenhausen, nach schwerem Leiden, wohl vorbereitet durch den Empfang der hl. Sakramente, in die ewige Heimat abberufen.

Wir empfehlen seine Seele in das Opfer seiner Mitbrüder und in das Gebet der Gläubigen, besonders seiner ehemaligen Pfarrkinder.

Die trauernden Verwandten:

Emma Fall,
Otto Fall, Hauptlehrer.

Weinheim, den 28. April 1910.

Das Requiem, und daran anschließend die Beerdigung, findet Samstag, vormittags 11 Uhr, in der Pfarrkirche zu Weinheim statt.



Todes-Anzeige.

Gott dem Allbarmerzigen hat es gefallen, den hochwürdigsten Herrn

Karl Lorenz Zimmermann,

Stadtpfarrer in Gernsbach, heute morgen 1 Uhr, nach längerem Leiden, gestärkt durch die heiligen Sakramente, im Alter von 73 Jahren zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Seine Seele wird dem Gebete der Gläubigen und insbesondere dem Memento seiner hochwürdigsten Herren Mitbrüder empfohlen.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Sophie Zimmermann,
Marie Zimmermann.

Gernsbach, den 29. April 1910.

Die Beerdigung findet Montag, den 2. Mai, vormittags halb 10 Uhr statt.

Todes-Anzeige.

Freunden und Bekannten machen wir schmerzzerfüllt die traurige Mitteilung, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsern geliebten Gatten, Vater, Schwiegervater und Onkel,

Bernhard Deubel,

Locomotivführer, nach schwerem, mit Geduld ertragenem Leiden, wohl versehen mit den heil. Sterbesakramenten, im Alter von 55 Jahren zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen:

Emma Deubel nebst Kindern.

Karlsruhe, den 29. April 1910.

Die Beerdigung findet am Samstag nachmittags halb 3 Uhr statt. Trauerhaus: Winterstraße 40.

Männer-Vinzentius-Verein Karlsruhe.

Wallfahrt nach Maria-Videsheim am Himmelfahrtstest, 5. Mai. Aufbruch beim alten Vinzentiushäuse und Weggang von da früh 4 Uhr. Gemeinschaftl. Kommunion in Videsheim. Teilnehmer und Gäste sind willkommen. Bei Regenweiter Benützung der Staatsbahn. Hauptbahnhof Abfahrt 8⁴⁵ Uhr.

Katholischer Männerverein der Südstadt.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Vereinsangehörigen von dem Ableben unseres lieb. Mitgliedes Herrn **Bernhard Deubel**, Locomotivführer, in Kenntnis zu setzen.

Indem wir die Seele des Dahingegangenen dem Gebete aller Mitglieder empfehlen, bitten wir um zahlreiche Beteiligung beim Leichenbegängnis.

Die Beerdigung findet Samstag, nachmittags 1/2 3 Uhr statt.

Der Vorstand.

Katholischer Arbeiterverein Karlsruhe.

Unsere Vereinsangehörigen werden hierdurch in Kenntnis gesetzt, daß das Mitglied Herr **Bernhard Deubel**, Locomotivführer und durch den Tod entrissen wurde.

Wir empfehlen die Seele des Verstorbenen dem Gebete unserer Mitglieder und bitten um zahlreiche Beteiligung beim Leichenbegängnis.

Dasselbe findet am Samstag, nachmittags halb 3 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Der Vorstand.

Dankfagung.

Für die außerordentlich zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme am Hinscheiden des hochwürdigsten Herrn

Franz Josef Koch,

Klosterpfarrer dahier, für die vielen Kranzspenden, sowie für alle Liebe und Hochachtung, welche dem teuern Entschlafenen während seiner Krankheit und besonders anlässlich der Beisetzungsfeierlichkeiten erwiesen wurden, sprechen wir hiemit den tiefgefühltesten Dank aus.

Offenburg, den 28. April 1910.

Im Namen des Lehr- und Erziehungs-Instituts:
H. Pipp, Stadtpfarrer.

Parkett-ROSE

Damit behandelte Böden können nach Gemücht werden, ohne daß sich Flecken bilden und der Glanz verloren geht.

Kein Staub! Keine Gerüche! Keine Glatte! Große Ausgiebigkeit!

Parkett-Seife

Marke Rose befeuchtet, einfaches und billiges Reinigungsmittel selbst für die dunkelsten Böden. Vollster Erlaß für Stahlpfanne und Terpentinöl.

Kein Staub! Keine Gerüche! Keine Glatte! Böden! Zu haben in den durch Plakate kenntlichen Geschäften.

Bodenwische für Parkett, Linoleum, Gestrichene Böden.

Fabrikanten: Vereinigte Farben- und Lackfabriken G. m. b. H. vormals **Fischer & Meisner, München X.**

Schöne, neue, eiserne **Kinderbettstelle** für nur **Mar. 9.-** zu verkaufen. **Werner, Schloßplatz 13,** Eingang Karl-Friedrichstr., part. rechts.

Anfängern wird gründlicher **Klavier-Unterricht** erteilt. Die Stunde 60 Pfg. **Sirichstraße 75, 1. St.**

Nur 50 Pfg. das Los der Triberger Lotterie!

Ziehung sicher 11. Mai. Gesamtwert

11000 M.

Hauptgewinn

4000 M.

1263 Gewinne

7000 M.

Offenburger Lose à 1 Mark Gesamtwert

30000 M.

Ziehung sicher 11. Juni 1910.

Für beide Lotterien auf 10 Lose 1 Freilos. Porto und Liste je 25 Pfg. Obige Lose empfiehlt Lotterie-Unternehmer

J. Stürmer, Strassburg i. E. Langestr. 107
und alle Losverkaufsstellen.

Grundstücks-Zwangsvorsteigerung.

Nr. 7425. Im Verfahren der Zwangsvollstreckung soll das unten beschriebene, in Karlsruhe gelegene, im Grundbuche von Karlsruhe, Band 106, Seite 18, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen der **Karoline, geb. Hertensheim**, Witwe des Kohlenhändlers **Friedrich Zimmer**, in Karlsruhe eingetragene Grundstück am

Mittwoch, den 22. Juni 1910, vormittags 9 Uhr,

durch das Notariat — in den Diensträumen Adlerstraße 25, Hof, Seitenbau, in Karlsruhe — versteigert werden:

Obj.-Nr. 2129, 5 a 16 am Hofreite, **Ludwig-Wilhelmstraße 15**: ein fünfstöckiges Wohnhaus, ein zweistöckiges Stallgebäude. Fläche 73 000 qm.

Der Versteigerungsvermerk ist am 4. April 1910 in das Grundbuche eingetragen worden.

Die Einträge der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungsurkunde, ist jedermann gestattet.

Rechte, die zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuche nicht zu ersehen waren, sind spätestens in der Versteigerungstagfahrt vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen. Andernfalls werden diese Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erstellung des Zuschlags die Aufhebung oder einseitige Einstellung des Verfahrens herbeiführen. Andernfalls tritt für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des verfallenen Gegenstandes.

Karlsruhe, den 26. April 1910.

Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.
Dr. Schwarzfeld.

Neu eröffnet.

Gasthaus zum „Deutschen Kaiser“

Busenbach.

10 Minuten von der Station der Albtalbahn.

Grosser neuer Saal, besonders für Gesellschaften und Vereine passend. Nebenzimmer, geräumige Terrasse.

Gute Küche, reine Weine u. bestes Karlsruher Bier aus der Brauerei Prinz. Halte mein Gasthaus den verehrl. Ausflüglern und Vereinen bestens empfohlen.

Hermann Müller,
Besitzer.

Die Badische Treuhand-Gesellschaft

m. b. H.

in **Karlsruhe**

Telegr.-Adr.: Treuhandbank. Telephon Nr. 1526

Erbprinzenstrasse 31, Eingang Ludwigsplatz,
besorgt

Periodische und ständige Revisionen kaufm. Unternehmungen, Prüfung von Inventuren und Bilanzen. Anlegung von Geschäftsbüchern nach eigenem, wesentlich vereinfachtem System. — Sanierungen. Arrangements. Liquidationen. Vermögensverwaltungen.

Beleihung und Ankauf von Buchforderungen.

Direktion: **Xaver Karth**, besidigter kaufm. Sachverständiger und Bücherrevisor beim Grossh. Oberlandesgericht und für den Landgerichtsbezirk Karlsruhe.

Um die

Deutsche Meisterschaft

Wanderpreis gestiftet aus Reichsmitteln

Sportplatz: **Verlängerte Moltkestrasse** :: Strassenbahnlinie: **Grenadier-Kaserne.**

Sonntag, den 1. Mai, nachmittags 4 Uhr:

PHÖNIX gegen **K. F. V.**

Deutscher Meister. Süddeutscher Meister.

Schiedsrichter: **Raabe, Hamburg.**

Näheres siehe Plakatsäulen. Da ein ausserordentlich grosser Besuch zu erwarten ist, wird dringend empfohlen, Eintrittskarten nach Möglichkeit im Vorverkauf zu lösen.